

Stadt Eberswalde
Der Bürgermeister

Konzeption

für die Integration

der bleibeberechtigten Zuwanderinnen
und Zuwanderer

in Eberswalde

1. Einleitung

Deutschland ist Einwanderungsland.

Diese Erkenntnis hat sich spätestens mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht von 2000 und dem Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, durchgesetzt und trägt einfach der tatsächlichen Entwicklung Rechnung.

Die demografische Entwicklung in Deutschland wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich von einer Verminderung der einheimischen Bevölkerung und deren Überalterung geprägt sein. Gleichzeitig wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wachsen, und – bezogen zumindestens auf die Ballungsräume der alten Bundesländer – wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Mehrheit bilden.

Migration und Integration sind wichtige Aspekte der demografischen Entwicklung nicht nur bundesweit, sondern weltweit.

„Die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die eine gemeinsame Anstrengung auf allen staatlichen Ebenen erfordert. Im Gegenzug verlangt die Integration von den Migranten, dass sie ihrerseits die deutsche Sprache erlernen, sich mit dem politischen System der Bundesrepublik, der hiesigen Kultur und Geschichte auseinandersetzen und sich an der im Grundgesetz niedergelegten freiheitlichen, sozialen und demokratischen Ordnung orientieren.“

Die Integration von Migranten ist eine der wichtigsten Aufgaben, die Gesellschaft und Politik in unserem Land zukünftig zu bewältigen haben. Sie stellt sich gleichermaßen hinsichtlich der Neuzuwanderer und derjenigen, die schon in Deutschland leben. Es gilt, Strukturen zu schaffen, die die Integration der unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen in die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse Deutschlands ermöglichen. Die erfolgreiche Integration rechtmäßig in Deutschland lebender Migranten liegt im wohlverstandenen Interesse der aufnehmenden Gesellschaft wie der zugewanderten und zuwandernden Menschen. Entsprechend dem Prinzip des Forderns und des Förderns sind Migranten und Aufnahmegesellschaft gehalten, ihren Beitrag zum Gelingen der Integration zu leisten.

Es werden auch in Zukunft die Kommunen sein, die einen Großteil der Integrationsleistungen erbringen müssen.

Die konkreten Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in den Kommunen statt. Hier werden Integrationserfolge, aber auch Misserfolge unmittelbar sichtbar. Eine erfolgreiche Integration ist für die Kommunen aus diesem Grunde von zentralem Interesse und stellt eine große Herausforderung dar.

Städte, Gemeinden und Landkreise bringen seit Jahren die Gestaltungspotentiale ihrer Gemeinwesen zur Integration der Zuwanderer ein. Über ihre Integrationsarbeit legen

Integrationskonzepte und jährliche Integrationsberichte vieler Kommunen Zeugnis ab. Integration wird dabei in den Kommunen als Querschnittsaufgabe verstanden. Sie ist nicht nur Aufgabe einzelner Fachbereiche, sondern eine ressortübergreifende Aufgabe von Relevanz.“²

Auch die kreisangehörige Stadt Eberswalde stellt sich der Aufgabe, mittels des vorliegenden Integrationskonzeptes die Integration der bleibeberechtigten Zuwanderer und Zuwanderinnen bestmöglich zu gestalten. Das Konzept beschreibt ein Integrationsmanagement, welches Aussagen über Strategie, Steuerung und Organisation enthält und dabei wichtige Entwicklungspotentiale der Stadt einschließt. Das Konzept verfolgt den Potentialansatz als neues Paradigma für Integrationsmanagement und folgt damit den integrationspolitischen Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbände.

Die Großstädte in den alten Bundesländern haben langjährige, vielfältige Erfahrungen in der Integrationsarbeit, da sie nicht nur seit mehreren Jahrzehnten Erfahrungen mit Zuwanderung gemacht haben, sondern auch, weil aus unterschiedlichen Gründen ungleich viel mehr Zuwanderer und Zuwanderinnen dort leben, vor allem konzentriert im großstädtischen Raum. Wir müssen „das Fahrrad nicht neu erfinden“, sondern können und sollten wertvolle Erfahrungen nutzen und Empfehlungen befolgen und speziell für unsere Situation – Eberswalde, kreisangehörige Stadt im Barnim und im Land Brandenburg – ein Integrationskonzept entwickeln.

Das vorliegende Werk fußt unter anderem auf den hinten aufgeführten Quellen und zitiert diese teilweise. Die Zitate werden mit Fußnoten belegt, die sich auf das Quellenverzeichnis beziehen.

2. Ziele des Konzeptes

„Wie bereits oben ausgeführt: Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund findet in den Städten und Gemeinden statt. Diese multiethnische und multikulturelle Entwicklung, auch in der Zukunft, bietet sowohl Chancen als auch Risiken.

Damit rückt zwangsläufig die Integrationspolitik stärker in den Fokus der Kommunalpolitik. Integrationspolitik gehört nicht nur zu den zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, sondern zu den strategischen Zielen aller Kommunen. Zukünftige soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsperspektiven werden auch von den Erfolgen dieser Integrationspolitik abhängen. Die Defizite als Folgen unterbliebener oder mangelhafter Aktivitäten werden die Kommunen unmittelbar spüren.“¹

So hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund sich unter anderem mit folgenden Leitsätzen positioniert:

- Integrationserfolge vor Ort sind von größter Bedeutung.
- Integrationspolitik muss auf den Erfahrungen der Gemeinden aufbauen.
- Integrationspolitik ist nur bei Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen effektiv.
- Die Förderung ist nicht auf neu hinzuziehende Migranten zu beschränken.
- Kommunale Integrationsnetzwerke koordinieren die Arbeit vor Ort.
- Freiwilliges Engagement im Integrationskontext ist zu unterstützen.

Auf diesen kommunalpolitischen Aussagen fußend, soll das vorliegende Konzept als Managementkonzept Folgendes leisten:

- Die Bedeutung von Integration für die zukunftsorientierte Politik der Stadt Eberswalde herausstellen und damit die Motivation der Kommunalpolitik zu einer strategischen Integrationspolitik fördern,
- Begriffe klären, die für das Verständnis des Kontextes notwendig sind,
- die derzeitige Situation darstellen
- Integrationsziele in den einzelnen Handlungsfeldern benennen,
- die Organisation der Aufgaben klären und
- Empfehlungen zu einem Berichtswesen geben.

Das vorliegende Konzept versteht sich außerdem als eine wesentliche Schlüsselmaßnahme zur Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK).

3. Begriffserläuterung

3.1. Zuwanderinnen/Zuwanderer, Migrantin/Migrant, Menschen mit Migrationshintergrund

Entsprechend dem Monitoring-System der Stadt Wiesbaden werden in diesem Konzept folgende Begriffe verwendet:

Menschen mit Migrationshintergrund:

- Alle Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, unabhängig davon, ob sie im Ausland oder bereits in Deutschland geboren sind.
- Spätaussiedler und deren Nachfahren: Aussiedler, die heute überwiegend aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammen und Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind, werden in der öffentlichen Wahrnehmung wie in der administrativen Praxis zu einer Migrationsgruppe unter anderen. Dies ist insofern nachvollziehbar, als sich ihre Einwanderungssituation und ihre Integrationsprobleme nicht grundsätzlich von denen ausländischer Zuwanderer unterscheiden. Da das Einwohnermelderegister keine Angaben zum Aussiedlerstatus enthält, wird die Identifizierung von Spätaussiedlern anhand der derzeitigen Systematik des Einwohnermeldeamtes schwierig.
- Eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer: Der Migrationshintergrund bleibt auch nach Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft bestehen. Allerdings gehört das Merkmal „frühere Staatsangehörigkeit“ nicht zum Inhalt des Einwohnermelderegisters. Um trotzdem eine Größenordnung abschätzen zu können, werden alle Deutschen mit einem ausländischen Geburtsland als „Eingebürgert“ klassifiziert.
- Kinder zugewanderter Eltern: Da auch nachfolgende Generationen noch durch die jeweiligen Herkunftskonventionen geprägt sind, werden hier alle Kinder von Zuwanderern (Ausländer, Spätaussiedler, Eingebürgerte) zum Personenkreis mit Migrationshintergrund hinzugerechnet. Darunter fallen auch die seit Jahresbeginn 2000 geborenen Kinder ausländischer Eltern, die durch die Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. (Quelle: Stadt Wiesbaden – Monitoring-System zur Ausländerintegration in Wiesbaden, Statistische Berichte 2/2003)
Auch Kinder aus binationalen Ehen zählen hierzu, sofern mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist. (Quelle: Handreichung zum Integrationsmonitoring, erarbeitet vom Landesintegrationsbeirat beim MASGF des Landes Brandenburg, Oktober 2007)

3.2. Integration, Integrationspolitik, Integrationsarbeit, Integrationsmanagement im Kontext Zuwanderung

Integration:

Eingliederung (neuer) Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen einer Aufnahmegesellschaft und die Art und Weise, wie diese Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System wirtschaftlicher, sozialer, rechtlicher, kultureller und politischer Beziehungen verknüpft werden.

Ziel der Integration:

Gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Geschehen in all seinen Facetten.

Integrationspolitik, Integrationsarbeit

Vor dem Hintergrund des beschriebenen Integrationsbegriffs, der ein bestimmtes Integrationsverständnis voraussetzt, haben viele Kommunen bereits ihre Integrationspolitik entwickelt.

So hat die Landeshauptstadt Sachsens, Dresden, folgende Grundsätze formuliert:

„Integration geht von einem Fundament gemeinsamer Richtlinien aus, wie sie das Grundgesetz beschreibt, der Anerkennung der

- Menschenrechte,
- Demokratie,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Gewaltenteilung,
- Gleichstellung von Mann und Frau,
- Trennung von Kirche und Staat.

Diese Grundwerte und die rechtliche und politische Ordnung der Gesellschaft bilden die Grenzen des Pluralismus. Zur Aufgabe der demokratischen Gesellschaft gehört es, die Chancengleichheit ihrer Mitglieder herzustellen.

Integration setzt bei den Potentialen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung an, nicht bei ihren Defiziten. Integration sieht das Individuum, seine besonderen Begabungen und erworbenen Fähigkeiten.

Integration verlangt nicht Assimilierung, das vollständige Aufgehen der zugewanderten Minderheit in der Mehrheits-gesellschaft durch Aufgabe der eigenen Identität, denn den „Deutschen“, an dem sich Integrationsleistungen von Migranten messen lassen müssten, gibt es nicht. Ein solches Verständnis von Integration bleibt im überkommenen Bild der ethnisch und kulturell homogenen Nation verfangen.

Tatsächlich leben wir in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existiert.

Integration ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Integration lässt sich steuern und gestalten. Sie ist nicht das Problem der Migrantinnen und Migranten und schon gar kein „Ausländerproblem“, sondern eine Frage des Umgangs von Menschen miteinander. Integration setzt die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft ebenso voraus wie den Willen der Zuwanderer. Sie ist ein beidseitiger Prozess, den beide Gruppen - Einheimische und Zugewanderte - durchmachen müssen.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Fähigkeit zur Kommunikation, also Kenntnis der deutschen Sprache, ist wichtigste Voraussetzung für Integration.

Der gleichberechtigte Zugang der Migrantinnen und Migranten zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt, zu Bildung, Kultur und sozialen Leistungen sowie die Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben machen Integration erfolgreich.

Die Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten ist auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderungspolitik werden in Bund und Land gesetzt und sind auf kommunaler Ebene kaum zu beeinflussen. Praktische Integrationsarbeit findet jedoch am Wohnort ... statt und muss hier gefördert und gefordert werden" ¹

Die Grundsätze der Integrationspolitik werden durch die Kommune erarbeitet und in der Politik mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen diskutiert. Sie bilden den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Integrationsarbeit vor Ort.

Alle Maßnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern der Kommune bilden letztendlich die eigentliche Integrationsarbeit.

Unter Integrationsarbeit verstehen wir die Steuerung der Integration vor Ort, die sowohl die Integrationspolitik als auch die Integrationsarbeit, die Organisation, die Kommunikation, das Monitoring und die Öffentlichkeitsarbeit umfasst.

3.3. Messung von Integration

Integration ist ein individueller, subjektiver Prozess, der sich oft über einen recht langen Zeitraum vollzieht. Trotzdem ist es für das Integrationsmanagement unverzichtbar, auch außerhalb der subjektiven Ebene Kriterien für die Messbarkeit des Integrationserfolgs einzuführen.

Eine solche Messbarkeit ist in kleineren Kommunen allerdings nur zu einem Teil möglich.

Wesentlich für die Messung des Integrationsgrades ist der Vergleich der Werte für Menschen mit Migrationshintergrund mit denen der Aufnahmegesellschaft.

3.4. Das Integrationsziel in vier Dimensionen

- Strukturelle Integration

Sie beinhaltet den Erwerb eines Mitgliedsstatus im Kernbereich der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft. Hier geht es um den Erwerb von Rechten sowie einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Positionen.

- Kulturelle Integration

In einigen Lebensbereichen setzt der Erwerb eines Mitgliedsstatus auch Lern- und Sozialprozesse seitens der Zuwanderinnen und Zuwanderer voraus, um eine Mitglieds- und Partizipationsrolle überhaupt ausfüllen zu können.

Integration beinhaltet deshalb auch Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen, die sogenannte kulturelle Integration. Zentrales Ziel ist dabei das Erlernen der deutschen Sprache, um eine gemeinsame Verständigung zu ermöglichen.

- Soziale Integration

Sie beschreibt den Erwerb der gesellschaftlichen Mitgliedschaft der Migranten in der Aufnahmegesellschaft und zeigt sich in sozialen Netzwerken, interethnischen Eheschließungen oder Vereinsmitgliedschaften.

- Identifikatorische Integration

Sie spiegelt die subjektive Seite der Integration wider und zeigt sich in persönlichen Zugehörigkeits- und Identifikationsgefühlen zur Aufnahmegesellschaft bzw. zu regionalen und/oder lokalen Strukturen.¹

Neben der Bildung von Dimensionen von Integration wird eine Unterscheidung in Erfolgsfaktoren und Handlungsfelder getroffen.

Erfolgsfaktoren kommunalen Integrationsmanagements sind die Merkmale, die den Erfolg der Integrationsarbeit vor Ort deutlich machen, und zwar:

1. Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe mit Identifikation der politischen Spitze,
2. strategische Steuerung,
3. Bestandsaufnahme und Monitoring (Dauerbeobachtung),
4. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung,
5. Vernetzung,
6. Bürgerengagement,
7. politische Partizipation,

„Begrift man Integration als kommunale Querschnitts- und Gesamtaufgabe, ist festzustellen, dass nahezu alle Bereiche kommunalen Gestaltens und Handelns von den Zielen der Integrationsarbeit berührt werden. So lässt sich eine Vielzahl von Handlungsfeldern benennen, in denen Integrationsarbeit geleistet werden muss.“

Vor dem Hintergrund der Dimensionen von Integration und der oben beschriebenen Grundsätze der Integrationspolitik ergibt sich folgende Rangfolge von Handlungsfeldern:

1. Sprache
2. Bildung
3. Arbeit, Wirtschaft und Ausbildung
4. Wohnen¹
5. Miteinander leben

4. Rahmenbedingungen

4.1. Zuwanderungsgesetz

Das Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, stellt die deutsche Integrationspolitik auf eine neue rechtliche und materielle Grundlage und regelt eine Vielzahl von Rechtsbereichen, wie das Aufenthaltsrecht, die Arbeitsmigration, die humanitäre Zuwanderung, das Asylverfahren, den Familiennachzug sowie die administrativen Zuständigkeiten mit der Ansiedlung zentraler Zuständigkeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Kernelemente der neuen Integrationspolitik sind die Migrationserstberatung und das Angebot der Integrationskurse, bestehend aus 600 Stunden Sprachkurs und 30 Stunden Orientierungskurs. Das neue Gesetz schreibt nicht nur den Erwerb von Kenntnissen in der Sprache, sondern auch der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschland vor, und zwar **verpflichtend**.

Dies soll Migrantinnen und Migranten helfen, ihre Teilhabechancen im neuen Lebensumfeld zu verbessern, gleichzeitig aber auch sicherstellen, dass sie über die grundlegenden Werte, Normen und Regeln in der deutschen Gesellschaft informiert sind. Die Kurse schließen mit weitgehend standardisierten Tests ab.

Auch der Alltag der Zuwanderinnen und Zuwanderer spielt in die inhaltliche Ausgestaltung der Orientierungskurse mit hinein.

4.2. Demografische Entwicklung und Wanderung

Wie bereits oben ausgeführt, nimmt die Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten drastisch ab und die Bevölkerung überaltert gleichzeitig. Dramatisch stellt sich dies in unserem Bundesland dar.

Im bundesdeutschen Maßstab wächst gleichzeitig der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr deutlich, insbesondere unter Kindern und Jugendlichen.

Bereits heute leben in der Bundesrepublik mehr als 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.

Zwar ist seit etwa zehn Jahren eine deutliche Abnahme der Zuzüge sowie der Asylsuchenden zu beobachten, jedoch reproduzieren sich die Menschen mit Migrationshintergrund in erheblich höherem Maße als die einheimische Bevölkerung. Dazu kommt, dass gleichzeitig zunehmend viele, gerade auch gut ausgebildete und hochmotivierte jüngere Menschen deutscher Herkunft für längere Zeit ins Ausland gehen bzw. auswandern.

4.3. Besonderheiten in den neuen Bundesländern: Zuwanderung, Integration

In viel größerer Zahl leben Zuwanderinnen und Zuwanderer in den alten Bundesländern. Dies ist schon durch die längere Tradition der Arbeitsmigration bedingt, die bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreicht.

Aber auch heute zieht es Zuwanderinnen und Zuwanderer in viel stärkerem Maße nach Westdeutschland, zum einen, weil dort der Arbeitsmarkt immer noch wesentlich aufnahmefähiger ist und zum anderen, weil Migranten einfach dorthin wandern, wo Angehörige ihrer Familien bereits leben bzw. andere Menschen ihrer Heimatregion bereits ansässig sind (Netzwerkmigration).

Der weit überwiegende Teil der Migrantinnen und Migranten lebt in Großstädten und in industriestarken Regionen. Wesentlich für die Attraktivität der Großstädte und der Ballungsgebiete ist für Zuwanderinnen und Zuwanderer neben den Erwerbsmöglichkeiten auch die kulturelle Vielfalt, die es eher ermöglicht, differierende Lebensstile zu pflegen.

Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, sagte in ihrer Rede auf der 9. Landesintegrationskonferenz „Sinkende Zuwanderungszahlen: Neue Herausforderungen für die Integrationsarbeit in Brandenburg“ im Juli 2007: „Zuwanderung in den neuen Bundesländern gestaltet sich deutlich anders als Zuwanderung in den alten Bundesländern. Nicht nur die Geschichte der Zuwanderung ist, geprägt durch die DDR, eine andere Geschichte, auch nach der Wende und bis heute verläuft Zuwanderung in Ostdeutschland anders als in Westdeutschland. Es kommen weniger Zuwanderer und Zuwanderer mit besonderen Merkmalen, sie kommen mit einer hohen Bildungsqualifikation und aus anderen Herkunftsländern, die aufgrund ihrer kulturellen Muster und Traditionen wiederum spezifische Integrationsvoraussetzungen schaffen.

Auf der anderen Seite treffen Zuwanderer und Zuwanderinnen in den ostdeutschen Bundesländern auf besonders schwierige Bedingungen für Integration. Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit schaffen einen Rahmen für Zuwanderung, der gelingende Integration vor noch größere Hürden stellt als in den alten Bundesländern“.

Diese Probleme wurden auch von einer Expertengruppe - Ausländerbeauftragte und Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter Ostdeutschlands - aufgezeigt und diskutiert.

Ergebnis des Diskussionsprozesses war das Memorandum „Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern - Chancen, Risiken, Aufgaben“ aus dem Jahr 2003.

So ist der Sinn von Zuwanderung vielen Ostdeutschen natürlich schwer vermittelbar, da sie sich mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze nach der Wende entwertet fühlen mussten, denn vieles von dem, was die Menschen bis dahin ausgefüllt hatte, schien keinen Wert mehr zu haben. Nicht selten kann, wer selbst keine Anerkennung bekommt, auch anderen Kulturen keine Anerkennung entgegenbringen. Viele Einheimische haben in den vergangenen Jahren Migration nur als die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern erfahren. Diese defizitäre Beobachtung prägt ihre Einstellung. In der Vor-Wende-Zeit haben die Bürgerinnen und Bürger außerdem ein Bild von Migrantinnen und Migranten erworben, die nur auf Zeit und zudem meist abgegrenzt in speziellen Wohnheimen lebten und mit denen es kaum Kontakte gab.

Gerade aber in den wirtschaftlich doch stark benachteiligten neuen Bundesländern muss den Menschen dringend vermittelt werden, dass Zuwanderung eine Chance ist für die Zukunftsfähigkeit der neuen Bundesländer als Wirtschaftsstandorte.

5. Politischer Gestaltungsansatz für Integration

Deutsche Städte verfügen über eine weit zurückreichende Tradition der Integration von Zugewanderten, wobei die Integration nicht immer in Form gewaltfreier Anpassung erfolgte. Viele Integrationsprozesse – zum Beispiel die Hugenotten unter anderem in Brandenburg betreffend – verliefen durchaus konfliktreich über Generationen hinweg, was aber rückblickend eher als harmonisch und letztendlich auch unsere Kultur bereichernd wahrgenommen wird.

Noch unlängst sah die deutsche Mehrheitsgesellschaft die Integration aus einem Ansatz der Defizite: Migrantinnen und Migranten hatten persönliche und soziale Probleme, bei deren Lösung man ihnen helfen musste: Die Defizite sollten durch eine Vielzahl von Beratungs-, Betreuungs- und Förderangeboten behoben werden.

Inzwischen hat sich in der deutschen Mehrheitsgesellschaft jedoch die Erkenntnis durchgesetzt, dass Zuwanderung durchaus eine Chance beinhaltet. In Anbetracht der demografischen Entwicklung und der Globalisierung der Wirtschaft, bei örtlich gleichzeitig oft schwachen Wirtschaftsstrukturen und schwierigen Arbeitsmärkten, ist durch die Städte und Gemeinden Integration aus einem ganz anderen Blickwinkel zu betrachten.

Gelingende Integration ist ein wesentlicher Entwicklungsfaktor für Kommunen und ihre Wirtschaft, denn Zuwanderung befähigt die Gesellschaft, mit Differenz und Minderheiten umzugehen, eine wichtige Qualifikation für Innovation und Zukunftsfähigkeit. „Vielfalt heißt Wertschöpfung“ – „Diversity“ gilt in der modernen Unternehmensphilosophie als eine Produktivkraft der Zukunft. Zuwanderung ist daher eine Chance für erfolgreiche gesellschaftliche Öffnungs- und Differenzierungsprozesse. Die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern ermöglicht die Stärkung des Bewusstseins und eines globalen Weltbildes bei Bürgerinnen und Bürgern deutscher und nichtdeutscher Herkunft, vermittelt die Fähigkeit zum Austausch von Lebensphilosophien, Lebensläufen und kulturellen Werten. Angesichts zunehmender Globalisierung ist es dringend erforderlich, die Vielfalt in der Gesellschaft nachhaltig zu gestalten und daraus Wettbewerbsvorteile zu ziehen. Erfolgreiche Integration wirkt dem demografisch bedingten, schon in naher Zukunft zu erwartenden Fachkräftemangel entgegen. Neben dem kulturellen Austausch kann und muss es auch zu einem Austausch von beruflichem Expertenwissen zwischen Einheimischen und Zugewanderten kommen.

6. Bestandsaufnahme Darstellung der Situation der Zugewanderten in der Stadt Eberswalde

6.1. Allgemeines

In der Stadt Eberswalde leben - mit Stand vom 31.12.2006 - 41.417 Menschen mit Hauptwohnsitz, davon 691 Ausländerinnen und Ausländer sowie ca. 700 - 800 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Dazu ist eine zahlenmäßig nicht genau zu erfassende Gruppe von Eingebürgerten zu zählen. (vgl.: Im gesamten Landkreis wurden in den Jahren 1999 bis 2005 ca. 1.250 Menschen eingebürgert, von denen allerdings ein großer Teil abgewandert ist.)

Etwa 4 % der Eberswalder Einwohnerschaft sind also Menschen mit Migrationshintergrund.

Von den 691 Ausländerinnen und Ausländern - hierzu zählen auch die Studierenden der Fachhochschule - leben 219 im Brandenburgischen Viertel, 278 in Stadtmitte, 109 in Finow, 50 in Westend und nur jeweils eine kleine Zahl in den restlichen Stadtbezirken.

Als Migrantinnen und Migranten nicht erfasst sind in der Einwohnerstatistik die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, da sie als Deutsche gelten. Bekannt ist jedoch, dass ein sehr großer Teil im Brandenburgischen Viertel wohnt, jeweils ein kleiner Teil in Finow-Ost und im Leibnizviertel und nur einzelne von ihnen in anderen Stadtbezirken.

Es gibt derzeit keine Erfassung der Zahl arbeitsloser Menschen mit Migrationshintergrund für die Stadt Eberswalde.

Deutlich ist jedoch, dass diese Gruppe besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Ursachen hierfür liegen vor allem in der Nichtanerkennung von außerhalb Deutschlands erworbenen Berufsabschlüssen, mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache sowie Zuwanderung zu einem Zeitpunkt bereits vorhandener hoher Arbeitslosigkeit.

6.2. Die Wohnsituation

Wie bereits erwähnt, wohnt derzeit eine große Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Spätaussiedlerfamilien, im Brandenburgischen Viertel, zum Teil konzentriert in ganzen Wohnblöcken bzw. Hausaufgängen. Dies ist zum einen zu erklären durch die kostengünstigen Mieten, besonders in nicht sanierten Gebäuden, zum anderen aber auch dadurch, dass die Migrantinnen und Migranten Schutz und Nähe ihresgleichen und bereits vorhandener Netzwerke zur Unterstützung suchen.

Da im Brandenburgischen Viertel auch eine große Zahl einheimischer sozioökonomisch benachteiligter Familien lebt, kommt es dadurch natürlich zur Segregation dieses Stadtteils, welche die Gefahr der Verhinderung von Integration in sich birgt.

Andererseits wirkt sich die Nutzung vorhandener Netzwerke positiv aus.

Wegen der besonderen Situation des Brandenburgischen Viertels wurden gerade hier mit Hilfe zum Beispiel des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ und des Programms „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) in großem Umfang Projekte und Einrichtungen gefördert, in denen auch Migrantinnen und Migranten beispielhaft in Mitwirkung einbezogen wurden.

So sind zu nennen: die Förderung vieler Projekte des „Kontakt Eberswalde e. V.“ und des Jugendmigrationsdienstes des Diakonischen Werkes, das Bürgerzentrum, das Gemeindezentrum, das Familienzentrum. Vorbildliche Mitwirkung erfolgt im Rahmen des Sprecherrates „Soziale Stadt“. Eine so gute soziale Infrastruktur ist in anderen Stadtteilen nicht vorhanden.

Durch den Rückbau des Viertels im Zuge des notwendigen Stadtumbaus, der sich besonders auf die noch nicht (vollständig) sanierten Wohngebäude konzentriert, entsteht ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum für die Familien mit geringem Einkommen. Sie sind gezwungen, in andere Stadtteile – oft in unattraktive Wohnlagen und in nicht oder kaum sanierte Wohnungen – zu ziehen. Dort fehlt jedoch eine annähernd vergleichbare fördernde soziale Infrastruktur.

Durch Politik und Verwaltung ist zu prüfen, wie eine solche auch in den anderen Stadtteilen geschaffen werden kann.

6.3. Die Gesundheitsversorgung

Die Versorgung mit Haus- und Fachärztinnen sowie -ärzten in Eberswalde wird bekanntermaßen immer problematischer. Die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer ist davon besonders betroffen. Gründe dafür sind insbesondere deren oft vorhandene Multimorbidität – wegen bereits überlaufener Arztpraxen und Einschränkungen der verfügbaren Budgets werden krankheitsanfälliger Menschen nicht gern neu aufgenommen – sowie Verständigungsschwierigkeiten. Viele zugewanderte Menschen sind – auch aufgrund sprachlicher Mängel – nicht in der Lage, sich durchzusetzen, zu verhandeln.

6.4. Selbsthilfestrukturen

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten hat in Eberswalde vier Selbsthilfestrukturen gebildet,

- den Deutsch-Ungarischen Freundeskreis im Kulturbund Eberswalde e. V.,
- den Kulturverein Palanca e. V. für afrikanische Migrantinnen und Migranten,
- den „Kontakt Eberswalde e. V.“, eine Selbsthilfeorganisation der russischsprachigen Migrantinnen und Migranten und
- die Selbsthilfegruppe „Doppelherz(en)“ für russischsprachige ältere Menschen.

Diese Selbsthilfestrukturen sind von großer Bedeutung für emotionalen Rückhalt, Pflege der eigenen Kultur, aber auch Stärkung und Unterstützung im Sinne aktiver und nachhaltiger Integration in die Aufnahmegesellschaft.

Durch Vermittlung auch ihrer Herkunftskultur bei der einheimischen Bevölkerung sind sie ein wichtiges Brückenglied zwischen den Gesellschaften und tragen zu kultureller Öffnung und gegenseitiger Toleranz bei.

6.5. Bildung und Erziehung

Gemäß Kindertagesstättengesetz haben Kinder ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Ende der vierten Schuljahrgangsstufe einen unbedingten Rechtsanspruch auf Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung in Kindertagesstätten, Kindertagespflege (oder anderen mit Schule kombinierten Angeboten).

Der überwiegende Teil der Migrantenfamilien legt großen Wert auf Betreuung (hiermit sind auch Bildung, Erziehung und Versorgung gemeint) in Kindertagesstätten. Gerade auch für Kinder aus Migrantenfamilien ist es wichtig, einen Teil des Tages gemeinsam mit Kindern aus einheimischen Familien zu verbringen, da sie hier schnell und unkompliziert die deutsche Sprache als Zweitsprache erlernen und natürlich auch die für die erfolgreiche Integration notwendigen Schlüsselqualifikationen erwerben. Nach anfänglichen Irritationen ist den Eltern wie auch dem pädagogischen Personal nun verständlich gemacht worden, dass die Kinder zu Hause unbedingt ihre Muttersprache als Familiensprache erlernen und pflegen müssen, um gute Grundlagen für den Erwerb einer zweiten und weiterer Sprachen zu haben. Der regelmäßige Besuch des Kindergartens, wo durch qualifizierte Pädagoginnen der Spracherwerb durch Spielen, Gespräche, Beschäftigung mit dem Buch, Lieder, Verse usw., aber auch durch Interaktion mit anderen Kindern gefördert wird, bietet eine gute Chance für den weiteren Bildungsweg.

In den Kitas der Stadt, unabhängig von ihrer Trägerschaft, aber besonders in denen des Brandenburgischen Viertels wurde bereits in den vergangenen Jahren und wird derzeit schon gute Arbeit zur Integration der Kinder und ihrer Familien geleistet. Besonders gute fachliche Beratung und Unterstützung wurde dabei durch das Projekt „Demokratie leben“ geleistet. Die Kitas „Spatzennest (jetzt Hort „Kinderinsel“), „Arche Noah“, aber auch „Gestiefelter Kater“ und „Pustebume“ haben hierbei sehr gute Erfahrungen gewonnen, die sie weitergeben können und wollen.

Seit einiger Zeit wird auch das Netzwerk für die Integration beratend und fördernd tätig.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auch in der Arbeit mit den zugewanderten Eltern. Es ist den Pädagoginnen wichtig, die Eltern in die Mitwirkung bei der Bildung und Erziehung ihrer Kinder einzubeziehen, was aus verschiedenen Gründen zunächst nur teilweise gelingt.

Eltern und Großeltern werden, soweit Bereitschaft besteht, in ergänzende Angebote (Feste, Feiern, Kulturvermittlung) einbezogen, wodurch nicht nur ihre und die Kinder der einheimischen Familien, sondern auch sie selbst gefördert und in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt werden.

Es wird aus der Praxis über unterschiedlich gute Erfahrungen mit der Elternarbeit im Migrantebereich berichtet. Ein Problem stellen zum Beispiel die zum Teil gravierend unterschiedlichen pädagogischen Auffassungen einiger Zuwanderergruppen und der Aufnahmegesellschaft dar (z. B. Ablehnung der Elternarbeit, Eingewöhnungszeit), was nicht zuletzt auf die Erfahrungen aus totalitären Regierungsformen bzw. auf die Geschlechterrolle, die zum Teil von der in der Aufnahmegesellschaft differiert, zurückzuführen ist.

Nicht verschwiegen werden soll auch, dass es teilweise Tendenzen der Migrantenfamilien zur Abschottung und zur Ablehnung von Integrationsangeboten der Einheimischen gibt. Auf diese Problematik wird später eingegangen.

Die Grundschule „Schwärzensee“ im Brandenburgischen Viertel wird von einer größeren Zahl von Kindern besucht, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Die Kinder erhalten eine gründliche, fachlich fundierte Förderung, um die deutsche Sprache gut zu beherrschen, wofür der Schule eine Anzahl von Förderstunden entsprechend der Zahl der zu fördernden Schülerinnen und Schüler gewährt wird. Die Eltern werden nicht nur in den Sprachkurs einbezogen, sondern auch in die verschiedenen Aktivitäten der Schule, wie Schulfest, Sportfest, Weihnachtsprogramm, Lesewettbewerbe etc.

Durch Klassen- oder Kontaktlehrerinnen bzw. -lehrer werden Eltern auch zu Elternversammlungen, Elterngesprächen etc. eingeladen. Da es teilweise wegen mangelnder Sprachkenntnis seitens der Eltern zu Verständigungsschwierigkeiten kommt, wird oft der „Kontakt Eberswalde e. V.“ vermittelnd tätig. Problematisch ist, dass manchmal die Eltern das notwendige Gespräch mit den Lehrkräften ablehnen, weil sie sich z. B. wegen mangelnder Kenntnis der deutschen Sprache gehemmt fühlen und den Pädagoginnen und Pädagogen Erfahrungen im Umgang mit Verständigungsschwierigkeiten fehlen. Hier gibt es offenbar Beratungs- und Schulungsbedarf.

Die Schule arbeitet eng mit dem Hort „Kinderinsel“ zusammen, fördert die Kinder bei der Hausaufgabenanfertigung speziell, arbeitet aber auch eng mit anderen Institutionen zusammen, wie mit dem Gemeindezentrum der evangelischen Kirche oder den Familienhelfern. Viele Kinder aus Migrantenfamilien nutzen die Schulbibliothek.

Der „Kontakt Eberswalde e. V.“ bietet außerschulisch das Erlernen der russischen Schriftsprache an, was für die Kinder, die ja ihre Muttersprache nur mündlich gelernt haben, wichtig und von großem Vorteil für die spätere berufliche Laufbahn ist.

Die anderen Grundschulen der Stadt werden nur von einzelnen Kindern aus Migrantenfamilien oder aus binationalen Verbindungen besucht. Hier kann Sprachförderung, soweit notwendig, leichter integrativ im schulischen Alltag erfolgen.

In der Oberschule „Albert Einstein“ im Brandenburgischen Viertel konnte eine erfolgreiche Förderung der Schülerinnen und Schüler aus Migrationsfamilien durch enge Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst des Diakonischen Werkes sowie mit dem „Kontakt Eberswalde e. V.“ erfolgen. So wurden u. a. Elternabende zunächst gesondert für Migrantinnen und Migranten durchgeführt, bei denen Eltern Mut fassten, ihre speziellen Probleme anzusprechen. Im Rahmen des Ganztagsunterrichts wurde spezielle Förderung in deutscher Sprache angeboten, die gut genutzt wurde.

Die Schule beteiligt sich auch an dem Projekt „LISA“ (Lokale Initiativen zur Integration junger Spätaussiedler in Ausbildung und Beruf) des VHS-Bildungswerks für Brandenburg und Berlin GmbH, Weiterbildungszentrum Eberswalde, und anderer Träger des Netzwerkes, das mit Mitteln der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird und junge Menschen mit Migrationshintergrund in der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung besonders fördert. Durch das „Sich erproben“ in mehreren Berufsfeldern lernen die Kinder und Jugendlichen Fähigkeiten kennen und können sich so wesentlich gezielter bei der Berufswahl entscheiden.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund ist im Laufe der letzten Jahre zurückgegangen.

Die anderen Oberschulen der Stadt werden nur von einzelnen Kindern aus Migrationsfamilien besucht. Eine spezielle Förderung ist wegen der einfacheren Integrationsmöglichkeit hier nicht nötig gewesen.

6.6. Fachhochschule Eberswalde

An der Fachhochschule sind mit 60 - 75 Studierenden (Zahlen jährlich unterschiedlich) vier bis fünf Prozent der Studentenschaft ausländischer Herkunft. Insbesondere die Bachelor- und Masterstudiengänge werden von ausländischen Studierenden belegt. Der komplett in englischer Sprache durchgeführte Studiengang „Forest Information Technology“ wird zu 50 bis 80 % von ausländischen Studierenden belegt. Die ausländischen Studierenden kommen aus Polen, Ungarn, Finnland (vor allem Austausch mit Partner-Hochschulen), aus asiatischen Ländern, wie Indien, Nepal und aus afrikanischen Ländern, wie Ghana, Kamerun, Niger.

Das Zusammenleben mit der einheimischen Einwohnerschaft Eberswalde hat sich im Verlauf der vergangenen Jahre wesentlich gebessert, was nach Einschätzung der Fachhochschule auch auf die Arbeit von Netzwerken, wie den In- und AusländerInnen-Kreis oder den Verein „Horizonte e. V.“ zurückzuführen ist.

Die Fachhochschule bietet den Schulen auch Unterricht in englischer Sprache, z. B. in Geographie, durch ausländische Studierende an, was aber zurzeit von Eberswalder Schulen wenig nachgefragt wird.

Ausländische Studierende haben Erlaubnis, als studentische Hilfskraft tätig zu werden. Es ist für sie jedoch besonders schwierig, in Eberswalde eine bezahlte Tätigkeit zu finden.

6.7. Sport

Der SV Motor hat sich frühzeitig für die Integration von sportbegeisterten Migrantinnen und Migranten geöffnet, insbesondere in den Sparten Schach und Volleyball und in enger Kooperation mit dem „Kontakt Eberswalde e. V.“

Aber auch in den anderen Sportvereinen betätigen sich viele Menschen mit Migrationshintergrund sportlich und wirken teilweise in den Vorständen mit. Während anfangs noch eigene Räumlichkeiten gefordert wurden, ist hier der Übergang zur Integration gut gelungen.

6.8. Miteinander leben

Wie bereits oben erwähnt, lebt ein sehr großer Teil von Migrantinnen und Migranten, insbesondere Spätaussiedlerfamilien, im Brandenburgischen Viertel.

Besonders für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler spielt die Religionsausübung eine große Rolle. Es ist in unserer Stadt nur teilweise gelungen, mit den Angeboten der verschiedenen Kirchengemeinden die religiösen Bedürfnisse dieser Gruppe von Migranten zu befriedigen. Dagegen haben die Spätaussiedlerinnen und -aussiedler mehrere eigene, selbständige Kirchengemeinden gebildet, die eher ein recht traditionelles Rollenbild fördern und einer wirklichen Integration in die Aufnahmegesellschaft entgegenwirken. Die große Zahl der Mitglieder dieser Gemeinden hat sich sozusagen ihre eigene „Welt“ geschaffen. Für diejenigen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die o. g. Gemeinden nicht angehören, hält das evangelische Gemeindezentrum vielfältige Angebote vor, wie den Samstagnachmittags-Treff für Erwachsene, den Familiennachmittag und den sonntäglichen Gottesdienst.

Um die Eberswalder Migrantinnen und Migranten in den ersten Jahren nach der Einreise zu unterstützen, gibt es in Eberswalde Migrationsberaterinnen bei unterschiedlichen Trägern. Diese sind dafür zuständig, Migrantinnen und Migranten in den ersten drei Jahren intensiv zu begleiten und zu unterstützen sowie länger hier lebenden in Krisensituationen zu helfen. Darüber hinaus sind sie Ansprechpartnerinnen und -partner für Ämter, Behörden, Bildungs- und andere Einrichtungen. Sie arbeiten ebenfalls auf verschiedenen Ebenen mit wichtigen Kooperationspartnerinnen und -partnern zusammen (z. B. im Netzwerk für Integration oder bei trägerinternen Fachtreffen).

Bei der Diakonie sind insgesamt drei Beraterinnen beschäftigt, welche sich um drei Aufgabengebiete kümmern:

- Beratung junger Migrantinnen und Migranten bis 27 Jahre (Jugendmigrationsdienst)
- Beratung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Familien. Diese Beraterin wendet sich außerdem speziell der Integration von älteren Migrantinnen und Migranten zu und betreut auch die SHG „Doppelherz(en)“.
- Überregionale Flüchtlingsberatung

Durch den Bund der Vertriebenen e. V., Landesverband Brandenburg, werden ebenfalls Migrationsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten angeboten und Projekte zur Integration durchgeführt. Hervorzuheben sind dabei die verschiedenen Sprachkurse für Kinder und Erwachsene (Russisch als Schriftsprache, Deutsch für Erwachsene) sowie die Mediation zwischen Migrantinnen und Migranten und den verschiedenen Institutionen und Behörden. Im „Kontakt Eberswalde e. V.“ werden vielfältige Freizeitbetätigungen angeregt und gefördert. Der Chor und die Instrumentalgruppe gestalten in ersten Schritten auch ein gemeinsames kulturelles Angebot von Zuwanderern und Aufnahmegesellschaft.

Gemeinsam mit der Kita „Arche Noah“ bietet das Gemeindezentrum „Dietrich Bonhoeffer-Haus“ als Eltern-Kind-Zentrum vielfältige, professionell betreute, familienorientierte Beratungen, Gesprächskreise, Freizeitbeschäftigungen etc. an.

Der Kontakt zu den jugendlichen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler im Freizeit- und Kulturbereich gestaltet sich jedoch schwierig. Der Zugang zu dieser Gruppe gelingt überwiegend da, wo Jugendliche bereits durch die Schule integriert worden sind bzw. zu den Jugendlichen, die schon seit vielen Jahren hier leben. Erst seit kurzem hier lebende, nicht mehr schulpflichtige Migrantinnen und Migranten sind nur schwer zugänglich. Eine Integration in die bereits bestehenden Jugendangebote findet so gut wie gar nicht statt. Hinzu kommt, dass diejenigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit guten Ausbildungs- oder Studienaussichten relativ schnell aus Eberswalde wegziehen und somit auch nicht als Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren oder Kulturdolmetscherinnen bzw. Kulturdolmetscher zur Verfügung stehen.

Im Jugendclub „Am Wald“ nehmen zurzeit keine jugendlichen Migrantinnen und Migranten die Angebote offener Jugendarbeit an. Es gab in den vergangenen Jahren verschiedene Versuche, jugendliche Migrantinnen und Migranten in die Jugendarbeit zu integrieren, jedoch waren diese Versuche wenig erfolgreich. Hier besteht zum einen ein Fortbildungsbedarf bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtungen, zum anderen ist ein konzeptionelles Umdenken in Richtung junge Migrantinnen und Migranten als dauerhafte Zielgruppe notwendig.

Auch das „Familienzentrum im Brandenburgischen Viertel“ erbringt unter anderem wichtige Leistungen im Interesse der Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen. Das Familienzentrum berät und unterstützt bei verschiedenen Problemen, vermittelt zu Fachdiensten (z. B. Erziehungsberatung, Schuldnerberatung, Familienhilfe), leitet in Alltagsfragen und -organisation an und beteiligt sich an wichtigen Netzwerken, um die Arbeit zu optimieren.

Koordinierend zwischen den verschiedenen Interessengruppen von Einheimischen und Zugewanderten wirken auch das Quartiersmanagement und das Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel. Die in deutscher und russischer Sprache erscheinende Stadtteilzeitung „Einblicke-Ausblicke“ widerspiegelt in Inhalt und Form die hier schon hinlänglich funktionierende Kooperation beider Gruppen.

In keinem anderen Stadtteil gibt es eine derartige soziale Infrastruktur, wie sie dank der besonderen Förderprogramme für benachteiligte Stadtviertel geschaffen und durch engagierte und qualifizierte Arbeit vieler Akteurinnen und Akteure auch belebt werden konnte.

6.9. Partizipation und politische Mitwirkung

Migrantinnen und Migranten als Eltern von Kita- und Schulkindern sind teilweise gut ansprechbar, wenn es um die Gestaltung von Festen und Feiern, von praktisch-thematischen Veranstaltungen etc. geht. Sie bringen sich zum Teil mit Begeisterung und Kreativität ein. Vor einer konsequenten Mitwirkung in Elternghremien scheuen sie allerdings zurück, was vermutlich auf ihre Unsicherheit im Umgang mit der deutschen Sprache zurückzuführen ist.

Einzelne Migrantinnen und Migranten wirken seit einiger Zeit aktiver im Sprecherrat der „Sozialen Stadt“ mit. Hier ist eine leicht positive Entwicklung zu beobachten.

Das Kinder- und Jugendparlament hat sich kürzlich um die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bemüht.

Zwei ältere Spätaussiedler haben sich entschlossen, als Vertreter der älteren Migrantinnen und Migranten im Seniorenbeirat der Stadt mitzuwirken.

Keine Migrantin und kein Migrant ist Mitglied der Stadtverordnetenversammlung oder als sachkundige Einwohnerin bzw. Einwohner tätig, obwohl viele von ihnen sowohl aktives als auch passives Wahlrecht besitzen.

6.10. Stadtverwaltung und ihre Nachfolgeeinrichtungen

In der Stadtverwaltung sind bisher wenige Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigt, was einfach auch mit dem langjährigen Einstellungsstopp zu begründen ist. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist teilweise noch wenig ausgeprägt. Während sich in den Vorjahren keine Jugendlichen mit Migrationshintergrund um Ausbildung bei der Stadt beworben haben, konnte mit Beginn des Ausbildungsjahres 2007/2008 eine junge Spätaussiedlerin als Auszubildende aufgenommen werden.

In einigen relevanten Bereichen der Verwaltung fehlt es an notwendigen Fremdsprachenkenntnissen für die Verständigung mit Zugewanderten.

6.11. Das Interkulturelle Kinderfest

Jährlich wird in Eberswalde im Rahmen der Interkulturellen Woche ein Interkulturelles Kinderfest unter Federführung der Ausländerbeauftragten und der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit und unter Mitwirkung vieler Initiativen veranstaltet.

Dieses Kinderfest erfreut sich von Mal zu Mal größeren Zuspruchs durch Familien, Kinder und Kindereinrichtungen aus Eberswalde und Bernau.

7. Das Netzwerk für die Integration bleibeberechtigter Zuwanderer und Zuwanderinnen in Eberswalde

Das Netzwerk wurde im Jahr 2000 gegründet.

Mit dem In-Kraft-Treten des neuen Zuwanderungsgesetzes der Bundesrepublik wurde erstmals ein Anspruch auf Integrationsmaßnahmen festgeschrieben.

Bereits am 7. Mai 2002 hatte die Landesregierung eine Konzeption für die Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer und am 12. Juli 2005 deren erste Fortschreibung beschlossen.

Im Zusammenhang damit empfahl die Landesregierung den Landkreisen und Gemeinden, eigene Integrationskonzepte zu entwickeln und zu beschließen.

Daraufhin gründete sich das o. g. Netzwerk für die Stadt Eberswalde – neben den Bernauer Netzwerk. Ziel der Arbeit des Netzwerkes ist die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft „Integration ist ein Prozess, der über Generationen verläuft und in dem die Unterschiede in den Lebensumständen von Einheimischen und Zugewanderten abnehmen. Bisher wurde in der Integrationsarbeit und auch in der öffentlichen Verwaltung fast ausschließlich von den Defiziten dieser Personengruppe ausgegangen. Um eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen, ist es jedoch notwendig, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer ihre eigene Identität und ihre Fähigkeiten einbringen können.

Die Attraktivität der Stadt Eberswalde auch für Migrantinnen und Migranten ist als ein Standortvorteil zu entwickeln.

Weil Migrantinnen und Migranten noch zu oft benachteiligt und vergessen werden, leistet das Netzwerk bewusst Lobbyarbeit für sie und bemüht sich um ihre Beteiligung auf allen Ebenen.

Erreicht werden sollen Synergieeffekte durch die Bündelung der formalen Fachlichkeit der Beratungsinstitutionen mit der Erfahrung der Migrantinnen und Migranten sowie die Koppelung an die Planungskompetenz der Stadt und des Landkreises. Damit soll ebenfalls ein Frühwarnsystem errichtet werden, das soziale Verwerfungen, Probleme des Wohnumfeldes etc. erfassen und Handlungsstrategien entwerfen kann. Die Sensibilisierung der einheimischen Bevölkerung ist dabei weiterhin ein wichtiges Aufgabenfeld, um Akzeptanzproblemen zu begegnen und sich mit Diskriminierung auseinanderzusetzen“. ⁶

Mitglieder des Netzwerkes sind:

- Agentur für Arbeit Eberswalde
- Akademie 2. Lebenshälfte
- Arbeitslosenverband/Arbeitslosenservice Eberswalde
- Ausländerbeirat Barnim
- Bund der Vertriebenen, Landesverband Brandenburg
 - . Migrationsberatung
 - . „Kontakt Eberswalde e. V.“
- Diakoniewerk Barnim gGmbH
 - . Jugendmigrationsdienst
 - . Migrationsberatung
- Diakonisches Werk im Kirchenkreis Uckermark e. V. mit der überregionalen Flüchtlingsberatung
- Evangelische Kirchengemeinde Finow
 - . Gemeindezentrum „Dietrich-Bonhoeffer-Haus“
- Fachberatungsdienst „Zuwanderung, Integration und Toleranz Brandenburg“
- FAW-Akademie Eberswalde GmbH
- Familienzentrum Brandenburgisches Viertel
- Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit
- Landkreis Barnim
 - . Ausländerbeauftragte
 - . Ausländerbehörde
 - . Jugendamt
 - . Grundsicherungsamt
- Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Staatliches Schulamt Eberswalde
- Stadt Eberswalde
 - . Beauftragte für soziale und Behindertenangelegenheiten
 - . Quartiersmanagerin
- VHS Bildungswerk für Brandenburg und Berlin GmbH, Weiterbildungszentrum Eberswalde

Zum Selbstverständnis des Netzwerkes:

„Das Netzwerk versteht sich als freiwilliger Zusammenschluss verschiedenster an der Migrationsarbeit beteiligter Institutionen, Träger und Vereine sowie interessierter Bürgerinnen und Bürger und setzt sich ... für die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft ein.“

Das friedliche Zusammenleben zugewanderter und einheimischer Eberswalderinnen und Eberswalder sowie deren Gleichbehandlung soll durch die Arbeit des Netzwerkes unterstützt und gefördert werden. Dabei bildet die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes einen wichtigen Baustein in der Integration von Migrantinnen und Migranten.

Das Netzwerk versucht den Austausch zwischen Eberswalderinnen und Eberswaldern unterschiedlicher Herkunft zu fördern und dadurch den wechselseitigen Prozess der Integration zu erleichtern.

Die Zuwanderung in die Stadt Eberswalde ... wird vom Netzwerk als Chance für die Fortentwicklung sowie als Herausforderung betrachtet.

Das macht es notwendig, auch die politischen Gremien für die Arbeit des Netzwerkes und somit für die Belange der Zugewanderten stärker zu sensibilisieren, was wir als ständige Aufgabe betrachten.

Aufgrund der beteiligten Akteure stellt das Netzwerk ein Fachgremium dar, welches auf der Basis regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausches als beratendes Gremium für andere Institutionen, Vereine und Behörden tätig sein kann.“⁶

Das Netzwerk beteiligt sich an der Erstellung, der Diskussion und der Umsetzung der politisch beschlossenen „Konzeption für die Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer in Eberswalde“.

8. Integrationsziele der Stadt Eberswalde in den verschiedenen Handlungsfeldern

8.1. Handlungsfeld Sprache

Migrantinnen und Migranten müssen mit größtmöglichem Einsatz die deutsche Sprache erlernen und ihren Gebrauch ständig verbessern. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind der Schlüssel für einen erfolgreichen Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Aufnahmegesellschaft.

Eine große Verantwortung liegt hierbei in den Händen der Zugewanderten selbst.

Eine Separierung der Angehörigen verschiedener Ethnien von Einheimischen wirkt einer Verbesserung der sprachlichen und damit kommunikativen Fähigkeiten diametral entgegen. Es ist sicherlich wichtig, vorhandene Netzwerke zu nutzen und die Kultur zu pflegen, aus der die Zugewanderten kommen. Aber es kann - wie teilweise mit Sorge beobachtet wird - zu Abschottung führen.

Die einheimischen Bürgerinnen und Bürger, die Bildungseinrichtungen und Kirchengemeinden wie auch die öffentliche Verwaltung müssen neue Ansätze überdenken, wie sie die Zugewanderten noch besser ansprechen und einbeziehen können, statt sie auf halber Strecke der Integration stehen zu lassen.

Das „Netzwerk zur Integration“ als Expertengremium muss sich zu dieser Problematik gesondert einbringen und auch prüfen, welche zusätzlichen Sprachförderangebote durch Bund und Land gerade für die große Zahl derjenigen Erwachsenen aufgestellt werden können, deren früher erworbenen Sprachfähigkeiten in Deutsch wegen fehlender Erwerbstätigkeit nicht erhalten werden. Diese Gruppe der Zugewanderten muss selbst Anstrengungen unternehmen, in ehrenamtlicher Tätigkeit - in Vereinen, Gruppen, Kirchengemeinden, Elternkreisen etc. - Kommunikation mit Einheimischen zu pflegen. Auch die Selbsthilfeorganisationen der Zugewanderten müssen darauf achten, dass eine eigentlich nicht gewollte Segregation vermieden wird.

Wichtig ist die Arbeit des „Kontakt Eberswalde e. V.“ in der Förderung der schriftsprachlichen Kompetenz der Kinder und Jugendlichen in der Muttersprache sowie der Förderung von Erwachsenen in deutscher bzw. in englischer Sprache. Mehrsprachigkeit ist ein bedeutender Wettbewerbsvorteil der Migrantinnen und Migranten in einer globalisierten Wirtschaft.

Über das Projekt „LISA“ werden 2007 und 2008 auch Sprachkurse zusätzlich zu den im Moment bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten angeboten. Diese Sprachkurse sind besonders praxisbezogen und integrationsorientiert. Der Unterricht erfolgt direkt am Arbeitsplatz im Rahmen der Tandemmethode mit deutschen Jugendlichen. Diese effektive Form der Sprachvermittlung sollte auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden.

Die vorhandenen Angebote sind jedoch nicht ausreichend und müssen dringend ergänzt werden. Sinnvoll erscheinen geeignete Maßnahmen und Verbundprojekte des Jobcenters mit Langzeitarbeitslosen.

8.2. Handlungsfeld Bildung und Wissenschaft

Bereits die Kinder der Migrationsfamilien müssen regelmäßig die Angebote frühkindlicher Bildung und Erziehung in der Kindertagesbetreuung nutzen, um die gleichen Startchancen für die notwendige lebenslange Bildung zu bekommen wie die Kinder der Einheimischen. Das pädagogische Personal ist weitgehend qualifiziert für seine Bildungs- und Erziehungsaufgabe. Das pädagogische Personal der Kitas städtischer Trägerschaft ist gut qualifiziert für die sprachliche Förderung von „Hauskindern“, d. h. Kindern, die nicht die Kita besuchen. Das Netzwerk unterstützt und fördert in diesem Prozess die interkulturelle Kompetenz der Pädagoginnen und Pädagogen und vermittelt wichtige Impulse und Qualifizierungsangebote, aber auch dahingehend, die Eltern der Kinder mit Migrationshintergrund noch besser in die pädagogische Arbeit einzubeziehen. Hier muss unter Einbeziehung der Migrantinnenorganisationen eine andere, eine persönlichere Kultur der Ansprache entwickelt werden. Schriftliche, zu allgemein gehaltene Einladungen bzw. Aufforderungen bringen oft nicht den gewünschten Erfolg.

Eltern von Kleinkindern, die noch keinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung haben, sollten die vielfältigen Angebote von „Krabbelgruppen“ unbedingt in Anspruch nehmen, um frühzeitig Kontakte zu einheimischen Eltern und zu Kleinkindern von einheimischen Familien herstellen zu können. Dies fördert die sprachliche und kulturelle Kompetenz sowohl der Kinder als auch der Eltern. Es gibt in mehreren Kindertagesstätten solche Gruppen bzw. die Bereitschaft, sie bei Bedarf zu bilden. Räumlichkeiten und Ausstattung – wie z. B. Sport- und Bewegungsräume – können damit frühzeitig für die Förderung der Kleinkinder genutzt werden.

Kinder von Migrantinnenfamilien werden in einer Kindertagesstätte bei Bedarf – entsprechend den Ergebnissen der Sprachstandserhebung – zusätzlich gefördert, so wie Kinder von einheimischen Familien auch. Es hat sich jedoch erwiesen, dass Kinder mit Migrationshintergrund, die regelmäßig die Kita besuchen, in der Regel keine zusätzliche Sprachförderung benötigen.

Auch für die Bildung in der Schule gilt es, dass die Einbeziehung der Eltern in den Bildungs- und Erziehungsprozess von großer Bedeutung ist. Die zugewanderten Eltern dürfen sich nicht scheuen, sich wegen (vermeintlich) mangelnder Sprachfertigkeiten einzubringen. Es ist sehr förderlich, wenn sie den Lernprozess ihres Kindes begleiten. Auch hierfür gilt, dass die Lehrkräfte über eine noch bessere Ansprachekultur nachdenken sollten. Den Eltern muss deutlich werden, dass sich die beruflichen Chancen für ihre Kinder auch dadurch verbessern, dass zum Beispiel außerschulische Angebote, die es in vielfältigen Formen gibt, in Anspruch genommen werden. In der Stadt Eberswalde sind vielfältige weiterführende Bildungsangebote vorhanden. Diese Angebote müssen in hoher Qualität auch in Zukunft vorgehalten werden.

Einen Vorteil hinsichtlich des Bildungs- und Wissenschafts-angebotes vor Ort hat Eberswalde durch die Fachhochschule. Ihre vielfältige Angebotsstruktur mit modernen, bedarfs-orientierten und teilweise international ausgerichteten Studien- und Wissenschaftszweigen sollte auch von jungen Menschen aus Migrantenfamilien genutzt werden.

8.3. Handlungsfeld Arbeit, Wirtschaft, Ausbildung

Die Bürgerinnen und Bürger, die Akteurinnen und Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben zum großen Teil erkannt, dass Vielfalt („Diversity“) eine wichtige Produktivkraft der Zukunft ist, dass erfolgreiche Integration ein Schlüssel zur Entwicklung der globalisierten Wirtschaft ist. Darum nutzt die Stadt Eberswalde die Potentiale zugewanderter Menschen, um die Wettbewerbschancen auf dem internationalen Markt zu optimieren. Zuwanderung wird begrüßt und positiv nach außen vertreten.

Zuwanderinnen und Zuwanderer besitzen ein besonderes Maß an Erfahrungen, an Spezialwissen, an Flexibilität und Organisationstalent. Unternehmen und öffentliche Verwaltungen können auf diese Qualifikationen nicht verzichten. Im Interesse der optimalen Entwicklung der Stadt als Wirtschafts-standort ist daher den Zugewanderten die Chance zu geben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten so weiterzuentwickeln, dass sie auf dem hiesigen Arbeitsmarkt sinnvoll eingesetzt werden können.

Hierbei kommt der Arbeitsverwaltung eine wichtige Schlüssel-rolle zu. Kommunalpolitikerinnen und -politiker setzen sich bei den zuständigen Stellen von Bund und Landkreis dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten entsprechend qualifiziert und damit vermittelbar sind.

Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders interessiert und erfolgreich mit Klein- und Familienunternehmen, weil diese Form ihren Erfahrungen und ihren besonderen Familienstrukturen entspricht.

Wie bereits in Punkt 6.6 dargestellt, haben ausländische Studierende die Erlaubnis, als studentische Hilfskraft tätig zu werden bzw. an 90 Tagen im Jahr oder 180 halben Tagen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Einheimische Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollten prüfen, inwieweit sie diese jungen Menschen beschäftigen können, zumal es für jene notwendig ist, um sich während des Studiums ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Viele von ihnen verfügen über ganz spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten, die genutzt werden sollten.

Die Stadtverwaltung nutzt ihre Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Netzwerke, wie Runde Tische etc., Fachtagungen), um die städtischen, aber auch regionalen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für die Vorteile einer interkulturellen Belegschaft zu sensibilisieren.

Das Amt für Wirtschaftsförderung und Touristik der Stadt unterstützt im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten als künftige Anlaufstelle für Gründungswillige Menschen mit Migrationshintergrund, die ein Unternehmen gründen wollen. In den vorhandenen Netzwerken, die sich wirtschaftlichen und unternehmerischen Belangen widmen, wird die Verwaltung hier Unterstützung leisten. Eine wichtige Rolle spielt dabei das kürzlich gegründete „Barnimer Netzwerk für Fachkräftesicherung“.

Die Stadtverwaltung selbst wird sich als Arbeitgeberin, soweit möglich, interkulturell öffnen.

Ein Anfangsschritt ist die erstmalige Ausbildung einer jungen Frau mit Migrationshintergrund als Verwaltungsfachangestellte. Neueinstellungen wird es in den nächsten Jahren aus finanziellen Gründen kaum geben. Wo es aber zu Neueinstellungen kommt, werden künftig Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund bei entsprechender fachlicher und persönlicher Eignung besonders berücksichtigt, um entsprechend dem Anteil von Zugewanderten an der Gesamteinwohnerschaft eine ausreichende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund zu beschäftigen.

Die Stadtverwaltung wird ihre Belegschaft qualifizieren, um deren interkulturelle Kompetenz zu verbessern. Dafür werden zunächst die Beratung durch das Netzwerk für die Integration bzw. durch das Netzwerk vermittelte und durch Bund und Land kostenfrei angebotene Qualifizierungsangebote in Anspruch genommen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über spezielle Kenntnisse, beispielsweise im Bereich von Fremdsprachen, verfügen, werden bei der Erweiterung und Verbesserung solcher Spezialkenntnisse im Rahmen der Haushaltssituation unterstützt. Notwendig sind Fremdsprachenkenntnisse zum Beispiel insbesondere in der Tourismusförderung, in der Touristinformation, in Museum und Stadtführung, im Bürgeramt und im Ordnungsamt.

Zur Entwicklung und Förderung einer Willkommenskultur wird die Stadt zuwandernden Migrantinnen und Migranten in geeigneter Form besondere Aufmerksamkeit bei der Anmeldung, aber auch bei der Orientierung in den Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten der Stadt widmen. Die Verwaltung arbeitet daran, im Sinne von Barrierefreiheit die Homepage der Stadt auch in einigen Fremdsprachen zu präsentieren.

Die Angebote durch Museum, Stadtführungen und Tourismusförderung können jedoch auch durch die Einbindung von Zuwanderinnen und Zuwanderern, insbesondere auch von Studierenden der Fachhochschule, ergänzt und damit attraktiviert werden.

Dabei finden auch die kulturellen Einflüsse und die Erfahrungen dieser Migrantengruppen Eingang in die Führungen. Mehrsprachigkeit und kulturell erweiterte Sichtweisen durch die einbezogenen Zuwanderinnen und Zuwanderer, z. B. Studierende, können neue Interessengruppen aus anderen Ländern als Touristen gewinnen.

Die VHS-Bildungswerk für Brandenburg und Berlin GmbH, Weiterbildungszentrum Eberswalde, bietet mit dem Projekt „Aktiv für Arbeit“, gefördert durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), auch insbesondere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, sich besser in unsere Gesellschaft zu integrieren. Durch vielfältige Maßnahmen, wie z. B. Bewerbungstraining, EDV-Kurse, Sprachkurse, Rolle des Outfits u. v. a. werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder fit für den ersten Arbeitsmarkt gemacht.

8.4. Handlungsfeld Wohnen

„Der Integration über das Wohnumfeld von Migrantinnen und Migranten kommt aufgrund fehlender Integrationsmöglichkeiten über den Arbeitsmarkt eine besonders große Bedeutung zu. Zuwanderinnen und Zuwanderer fühlen sich wohl in Eberswalde. Aufgrund der guten Versorgungsstruktur, günstiger Mietpreise und der dort vorhandenen materiellen und immateriellen Unterstützungsnetzwerke ihrer Familienmitglieder und Landsleute bevorzugen sie die Ansiedlung im Brandenburgischen Viertel. In den ersten Jahren nach der Einreise wird dadurch die Integration erleichtert.

Das vorhandene soziale Netz bietet Starthilfe und emotionalen Rückhalt. Die Stadt wirkt in Kooperation mit den Wohnungsunternehmen möglichen Imageschäden, Verwahrlosung und mangelnder Sicherheit von Stadtvierteln entgegen und setzt sich für die positive Außenwirkung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ein. Die Programme „Soziale Stadt“ und „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) werden weiterhin erfolgreich genutzt. Ebenfalls wird die Eigeninitiative von Zugewanderten unterstützt. Es wird angestrebt, ihre Chancen auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu vergrößern.

Dies kann durch folgende Instrumente erfolgen:

- Einbeziehung von Mieterinnen und Mietern mit Migrationshintergrund in Wohnungsgenossenschaften, Mieterbeiräten und -versammlungen.
- Wohnungsunternehmen sollten aus wirtschaftlichen Gründen dazu angehalten werden, mit eigenen Aktivitäten zur sozialen Stabilisierung beizutragen und die Kommune bei der Integration zu unterstützen.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund können vermittelnd wirken, wenn es zu Unstimmigkeiten in der Nachbarschaft kommt.
- Unterschiedlichen Auffassungen von Ruhe, Sauberkeit und Geruchsbelästigung kann durch mehrsprachige Hausordnungen und gezielte Förderung von Hausgemeinschaften entgegen gewirkt werden.

- Verfügbare Medien, wie z. B. die Stadtteilzeitung des Brandenburgischen Viertels „Einblicke – Ausblicke“ und Eberswalde TV, sollten ebenfalls zum positiven Image der Stadtviertel beitragen.

Reportagen über „die Nachbarinnen aus Kirgisien“ und Beiträge zu den verschiedenen Herkunftsländern und kulturellen Hintergründen von Eberswalder Mieterinnen und Mietern können nachbarschaftliches Engagement aktivieren.“⁵

Wegen ihrer geringen Einkommen (hohe Arbeitslosenquote, niedrige Renten, teilweise Familien mit mehreren Kindern) sind die Zugewanderten zu einem großen Teil auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen.

Beim notwendigen Stadtumbau achtet die Stadt darauf, dass in ausreichender Zahl bezahlbare Wohnungen für die sozioökonomisch benachteiligten Einwohnergruppen, zu denen auch die Zugewanderten größtenteils gehören, angeboten werden.

Dabei muss – auch mit Hilfe des Netzwerkes für die Integration – ausdiskutiert und abgewägt werden, wie dies bezüglich der Verteilung in den einzelnen Stadtteilen, aber auch innerhalb des Brandenburgischen Viertels am sinnvollsten geschehen kann.

Zum einen ist z. B. zu vermeiden, dass die Migrantinnen und Migranten, wie von ihnen teilweise gefordert, hauseingangsweise umziehen, um damit „unter sich“ zu bleiben.

Dies ist nicht förderlich für eine erfolgreiche Integration. Zum anderen ist zu überlegen, ob wirklich, durch Stadtumbau bedingt, zunehmend Zugewanderte in andere Stadtteile – übrigens oft in sehr unattraktive Wohnlagen – gedrängt werden sollten, wo die notwendige soziale Infrastruktur zur Förderung fehlt.

Solche Gedanken zeigen auf, dass gut überlegtes, mit den größeren Wohnungsunternehmen abgestimmtes Vorgehen unabdingbar ist. Es gilt, noch mehr Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die hier nicht im Einzelnen ausgeführt werden können.

8.5. Handlungsfeld Miteinander leben

8.5.1. Teilhabe und Mitwirkung am politischen Leben

„Partizipation am politischen System ist eine Grundvoraussetzung für friedliches Zusammenleben.“

Die politischen Erfahrungen von Eberswalder Zuwanderinnen und Zuwanderern sind überwiegend von autoritären und korrupten Regierungssystemen geprägt. Ihre Kenntnisse des politischen Systems unserer Gesellschaft, ihrer Kultur und Geschichte sind sehr stark von dem vermittelten Wissen während des Orientierungskurses im Integrationskurs sowie von der Förderung von Beteiligungsprozessen auf kommunaler Ebene abhängig. Die Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie die Stadtverwaltung sind sich dessen bewusst und nehmen ihre Verantwortung, Zuwanderinnen und Zuwanderer für politische Strukturen und Verwaltungssysteme zu sensibilisieren, ernst. Sie werden als Bürgerinnen und Bürger Eberswaldes in die Kommunalpolitik mit einbezogen und an politischen Entscheidungen der Stadt beteiligt. Hier können sie die Belange von Eberswalderinnen und Eberswaldern mit Migrationshintergrund einbringen, auf Problemlagen hinweisen und die eigenen Ressourcen zur Problemlösung einsetzen.

Um Misstrauen abzubauen, werden die Unterschiede zwischen politischen Strukturen des Herkunftslandes und Deutschlands deutlich herausgearbeitet. Politikverdrossenheit und Desinteresse werden verringert, und die Wahlbereitschaft ... erhöht".⁵

Die Stadtverordnetenversammlung beruft geeignete, verantwortungsbewusste Vertreterinnen und Vertreter der bleibeberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderer als Sachkundige in die Fachausschüsse. Zuwanderinnen und Zuwanderer lassen sich bei der nächsten Kommunalwahl als Kandidaten für das Stadtparlament aufstellen. Wie bereits oben berichtet, wirken Migrantinnen und Migranten auch im Kinder- und Jugendparlament, im Seniorenbeirat und schrittweise auch in anderen Gremien mit.

8.5.2. Offene Jugendarbeit

„Die Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund findet mit Blick auf die demografische Entwicklung besondere Beachtung. Sie gehören zu den Zukunftsträgerinnen und -trägern der Stadtentwicklung. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben besondere Förderbedarfe. Sie benötigen gesonderte Sprach- und Bildungsangebote, um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Aufgrund des Zeitpunktes der Migration während der sensiblen Phase der Adoleszenz sind sie besonders auf den Rückhalt ihrer Familien und Landsleute angewiesen. Sie lernen jedoch schneller die neue Sprache und finden sich eher in der neuen Gesellschaft zurecht als Erwachsene. Ihre Ressourcen, vor allem die Mehrsprachigkeit, geografische und kulturelle Kenntnisse, können sie dadurch besser nutzen. Damit diese Fähigkeiten anwendbar sind, unterstützt die Stadt Eberswalde ihre Integration in besonderem Maße. Bei der Planung und Durchführung von Angeboten der offenen Jugendarbeit ... werden ihre Bedürfnisse berücksichtigt, so dass ihnen der Zugang leichter fällt.“⁶

Die praktische Umsetzung wird folgendermaßen gestaltet:

- Information über jugendspezifische Veranstaltungen - auch in den Kultureinrichtungen - werden mehrsprachig auch in den Migrationsberatungsstellen und in den Räumen des „Kontakt Eberswalde e. V.“ ausgehängt.
- Aktuelle Musiktrends der Herkunftsländer werden in die Angebote der Jugendarbeit mit aufgenommen.
- Es werden „Schlüsselpersonen“ (Ehrenamtliche, Praktikantinnen/Praktikanten mit Migrationshintergrund) in die Jugendarbeit einbezogen.
- Es werden geeignetere, persönliche Ansprachemöglichkeiten gewählt, welche die gewohnten Strukturen von Migrantenfamilien berücksichtigen.

8.5.3. Kultur - Tourismus - bürgerschaftliches Engagement - Religionsausübung

Untersuchungen aus klassischen Einwanderungsländern zeigen, dass die Möglichkeit zur Pflege der Herkunftskultur, der Religion und der Traditionen eine wichtige, sozial stabilisierende und identitätsstiftende Bedeutung für Zuwanderinnen und Zuwanderer hat.

Um die Kunst und Kulturen der Zugewanderten zum selbstverständlichen Bestandteil und Potential der städtischen Kulturangebote zu machen, werden interkulturelle Aspekte in das zu entwickelnde Kulturentwicklungskonzept der Stadt Eberswalde eingearbeitet.

So werden die Zugewanderten zur aktiven Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt motiviert.

Andererseits kann so der Aufnahmegesellschaft bzw. der Öffentlichkeit die Vielfalt „zugewanderter“ Kulturen und Religionen vermittelt und als künstlerisch-kulturelle Ressource deutlich und erfahrbar gemacht werden.

Die Akzeptanz und der Erhalt der eigenen Kultur sind für Migrantinnen und Migranten wichtige Voraussetzungen auch für die Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft. Für die Pflege der Herkunftskultur sind Selbstorganisationsstrukturen der Zugewanderten zuständig.

Die besondere Bedeutung dieser Selbsthilfestrukturen liegt vor allem darin, dass sie den Zugewanderten emotionalen Rückhalt bieten, um den Schritt in die Aufnahmegesellschaft zu erleichtern.

Die Stadtverwaltung ist sich der besonderen Bedeutung dieser Strukturen bewusst und unterstützt die Selbsthilfegruppen, indem sie Räumlichkeiten in städtischen Einrichtungen für die Arbeit zur Verfügung stellt, indem sie Projekte finanziell fördert und eine Anerkennungskultur pflegt.

Das Tourismusangebot der Stadt Eberswalde wird durch die Einbindung von Migrantinnen und Migranten sowie von deren Expertenwissen auch für internationale Touristen attraktiv.

Ausländische Studierende der Fachhochschule und andere Migrantinnen und Migranten können sich in ihren Muttersprachen für Stadtführungen qualifizieren und damit die Ausstrahlungskraft Eberswaldes erhöhen.

Die Beteiligung von Zuwanderinnen und Zuwanderern an bürgerschaftlich initiierten Projekten wird besonders begrüßt und unterstützt. Die bestehenden kulturellen Angebote erhalten durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten sowie durch deren Eigeninitiative vielfältige Facetten. Toleranz und Weltoffenheit können so publik gemacht werden und tragen zur positiven Wahrnehmung bei.

Die in Eberswalde bestehenden Kirchengemeinden sind aufgeschlossen für die Integration von Zugewanderten, wenn sie diese derzeit jedoch nur zu einem geringen Teil erreichen, obwohl Religionsausübung eine wichtige Rolle für Migrantinnen und Migranten spielt. Die Kirchengemeinden wirken unterstützend in interkulturellen Projekten mit und halten offene Angebote vor. Auch hier ist zu überlegen, welche Form der Ansprache mehr Erfolg bringen könnte.

9. Integrationspolitik der Stadt Eberswalde - Integrationsmanagement - Berichtswesen

Die Kommunalpolitiker der Stadt Eberswalde erkennen an, dass die erfolgreiche und nachhaltige Integration der bleibeberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderer, deren Zahl nahezu vier Prozent der gesamten Einwohnerschaft ausmacht, für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik von zentraler Bedeutung ist. Integration muss in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stattfinden und ist daher als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die strategisch anzugehen ist. Eine eingehende Analyse, wie sie vorliegt, sowie eine dezidierte Aufgabenbeschreibung sind eine wichtige Grundlage für ein Konzept für die Integration.

Die Gesamtverantwortung für eine gelingende Integration liegt beim Stadtparlament und bei der politischen Führungsspitze. Als Querschnittsaufgabe ist die Integration als Chefsache des Bürgermeisters zu sehen.

Der hohe Stellenwert, welcher der nachhaltigen Integration beigemessen wird, zeigt sich unter anderem darin, dass sie einen Teil des Aufgabenspektrums der Stelle der Beauftragten für soziale und Behindertenangelegenheiten ausmacht, wie auch darin, dass die Stadt Mitglied im Expertengremium „Netzwerk für die Integration von bleibeberechtigten Zuwanderinnen und Zuwanderern in Eberswalde“ ist. Die Beauftragte, Vertreterin der Stadtverwaltung in dem Netzwerk, wird innerhalb der Verwaltung ressortübergreifend beratend und koordinierend wirksam.

Das „Netzwerk für die Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer“ begleitet den Prozess der Integration beratend und unterstützend.

Ein Bündnis vieler gesellschaftlicher Kräfte, die sich in irgendeiner Weise in die erfolgreiche Integrationsarbeit in der Stadt einbringen wollen, kann die Zielorientierung über die Kommunalpolitik und die Verwaltung hinaus sicherstellen. Hier sind nicht nur die im Netzwerk vertretenen Stellen und Institutionen gefragt, sondern auch die Fachhochschule, die Kirchengemeinden, Unternehmen und deren Verbände sowie Kammern, aber auch das bürgerschaftliche Engagement.

Ein qualifizierteres Berichtswesen in Form eines Monitoring ist zum jetzigen Zeitpunkt aus Sicht der Verfasserin nicht leistbar. Hierfür fehlen qualifizierte Indikatoren und Kennzahlen.

Deshalb wird empfohlen, jährlich durch die Verwaltung einen Bericht vor dem Ausschuss für Jugend, Senioren, Kultur, Sport und Soziales darüber zu erstatten, welche Erfolge der Integration in den einzelnen Bereichen erzielt werden konnten. Wie bei der Analyse der Ausgangssituation sind dafür die Akteurinnen und Akteure in den Bereichen zu befragen.

Des Weiteren wird vorgeschlagen, in jedem zweiten Jahr nach dem Beschluss der Konzeption der Stadtverordnetenversammlung einen schriftlichen Bericht über den vorangeschrittenen Integrationsprozess vorzulegen.

Das Netzwerk berät unterdessen, wie ein qualifiziertes Monitoring zum Integrationsprozess entwickelt und installiert werden kann.

Zusammenfassung - Thesen

Deutschland ist Einwanderungsland.

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist geprägt von einer deutlichen Verminderung der einheimischen Bevölkerung und deren Überalterung.

Demgegenüber wächst der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Die erfolgreiche Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ist eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe.

Zuwanderung ist eine Chance für erfolgreiche gesellschaftliche Öffnungs- und Differenzierungsprozesse. Angesichts zunehmender Globalisierung ist es dringend erforderlich, die Vielfalt in der Gesellschaft nachhaltig zu gestalten und daraus Wettbewerbsvorteile zu ziehen. „Vielfalt heißt Wertschöpfung“, wie es in der modernen Unternehmensphilosophie heißt.

Neben kulturellem Austausch kann und muss es auch zu einem Austausch von beruflichem Expertenwissen zwischen Einheimischen und Zugewanderten kommen.

Die erfolgreiche Integration rechtmäßig in Deutschland lebender Migrantinnen und Migranten liegt im wohlverstandenen Interesse der aufnehmenden Gesellschaft wie auch der zugewanderten und zuwandernden Menschen. Entsprechend dem Prinzip des Forderns und Förderns sind Migrantinnen und Migranten wie auch die Aufnahmegesellschaft gehalten, jeweils ihren Beitrag zum Gelingen der Integration zu leisten.

Fast vier Prozent der Einwohnerschaft Eberswaldes sind Menschen mit Migrationshintergrund. Die Gesamteinwohnerzahl hat sich in den vergangenen Jahren stark reduziert und wird in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Damit entsteht ein gravierender Fachkräftemangel, der sich schon jetzt abzeichnet. Wir sind daran interessiert, dass die Zugewanderten gern in unserer Stadt bleiben, dass sie gut gebildet und beruflich qualifiziert und im Arbeitsmarkt eingesetzt werden.

Die einheimischen Eberswalder Bürgerinnen und Bürger, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte müssen alles tun, um die Zuwanderinnen und Zuwanderer gut aufzunehmen, müssen aufgeschlossen für deren Erfahrungen, Probleme, Anliegen und Kultur sein, ihnen helfen, sich mit dem hiesigen Alltag zu arrangieren, möglichst den Weg in den Arbeitsmarkt zu finden, für sich und ihre Familien zu sorgen.

Die Migrantinnen und Migranten müssen in alle Bereiche der Gesellschaft eingebunden werden, ihren Platz finden und sich identifizieren können mit der deutschen Kultur, ihre Kraft, ihr Wissen, ihre kreativen Potentiale einbringen können in die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Aber auch die Zuwanderer müssen ihren Beitrag zu erfolgreicher Integration in die Mehrheitsgesellschaft leisten. Sie sind nach Deutschland gekommen, weil sie sich hier bessere Lebenschancen erhofft haben.

So müssen sie sich jetzt auch auf die Verhältnisse hier in unserer Stadt einstellen, bestmögliche Sprachfähigkeiten erwerben, an der Entwicklung der Gesellschaft mitwirken und die Bildung von Parallelstrukturen vermeiden.

Unterbleibende Integration kann zu ernsthaften Auseinandersetzungen führen.

Die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung haben die zentrale Bedeutung erfolgreicher und nachhaltiger Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer in Eberswalde für eine zukunftsorientierte Stadtpolitik erkannt und messen ihr einen hohen Stellenwert bei. Der Bürgermeister macht die Integration zur Chefsache. Integration muss in nahezu allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens erfolgen und ist daher als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die strategisch anzugehen ist.

Viele weitere gesellschaftliche Kräfte beteiligen sich - gewissermaßen in einem Bündnis - an der Integration: Akteurinnen und Akteure aus Bildung, Erziehung, Sport, Kultur, die Fachhochschule, die Arbeitsverwaltung, Kirchengemeinden, Wohnungsunternehmen, Wirtschaftsunternehmen, Selbsthilfeorganisationen der Zugewanderten, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger.

Das Netzwerk für die Integration bleibeberechtigter Bürgerinnen und Bürger begleitet als Expertengremium beratend und unterstützend den Integrationsprozess.

Quellenverzeichnis:

1. Management kommunaler Integrationspolitik - Strategie und Organisation, KGSt-Bericht 7/2005, KGSt: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungseinfachung, Köln
2. Positionspapier der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Integrationsgipfel vom 14.07.2006
3. Memorandum „Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern, Chancen, Risiken, Aufgaben, Redaktionsgruppe memorandum, c/o“ Ausländerbeauftragter Sachsen-Anhalt
4. Karin Weiss, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, Rede auf der 9. Landesintegrationskonferenz, Juli 2007
5. Vorschläge für das Leitbild 2020 zum Thema Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen in Eberswalde, Marieta Böttger und Christiane Wessel, für Netzwerk zur Integration bleiberechtigter Zuwanderer und Zuwanderinnen in Eberswalde, September 2006
6. Netzwerk zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderinnen und Zuwanderer in Eberswalde, Handlungskonzept